

Erziehungsdirektion des Kantons Bern
Generalsekretariat
Abteilung Bildungsplanung und Evaluation
Sulgeneckstrasse 70
3005 Bern

Bern, 25. Februar 2009

g Vernehmlassung zur Bildungsstrategie 2009

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Möglichkeit, zur Bildungsstrategie 2009 Stellung nehmen zu dürfen.

1. Einleitung

Wir begrüssen es ausdrücklich, dass uns vier Jahre nach der Bildungsstrategie 2005 wie angekündigt eine aktualisierte Fassung dieser Bildungsstrategie vorgelegt wird. Diese Strategie gibt allen Akteurinnen und Akteuren im Bildungswesen einen guten Überblick über die geplanten Massnahmen und deren Verknüpfung untereinander. Nicht zuletzt gibt sie auch einen Überblick über die finanziellen Investitionen in die Bildung, welche eine Investition in Zukunft unseres Kantons darstellen. In diesem Zusammenhang möchten wir auch auf die Wichtigkeit der Vernetzung der Bildungsstrategie mit anderen kantonalen Strategien, namentlich der Wirtschaftsstrategie hinweisen. Diese Vernetzung wird gerade auch vor dem Hintergrund der Entwicklung des Kantons in wirtschaftlich schwierigen Zeiten von zentraler Bedeutung sein.

Eine grundsätzliche Überlegung zur Bildungsstrategie möchten wir einleitend anführen. Wir würden es begrüssen, wenn die geplanten und zum Teil erfolgten Reformen der Bildungsstrategie 2005 evaluiert werden und diese Evaluation in der Strategie 2009 Eingang findet. Eine Evaluation von Reformen scheint uns unumgänglich, um zu entscheiden, in welche Richtung das Bildungswesen im Kanton weiterentwickelt werden soll. Hierzu genügt uns die Zusammenstellung auf die Bildungsstrategie im Kapitel „Rückblick auf die Bildungsstrategie 2005“ nicht. Diese Zusammenstellung ist eine hilfreiche Dokumentation aber keine Analyse über die Wirksamkeit der eingeleiteten und umgesetzten Projekte. Wir sind uns bewusst, dass Evaluationen aufwändig sind, dennoch scheint uns eine laufende Evaluation mit Blick auf die Zielsetzungen, Wirksamkeit und Akzeptanz von Reformen in unserem Bildungswesen unentbehrlich. Dies dient auch der Legitimation des Einsatzes eines guten Teils der öffentlichen Gelder im Bildungswesen.

2. Zu den einzelnen Kapitel

2.1 Strategische Leitlinien zur Bildungspolitik

Leitlinie Zweisprachigkeit (S. 7)

Wir begrüßen selbstverständlich die Leitlinie Zweisprachigkeit. Wir möchten vorschlagen, zusätzlich auf die Bedeutung der Mehrsprachigkeit hinzuweisen, welche für den Kanton eine Ressource darstellt. Wichtig dabei ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass diese Ressource zum Tragen kommt und die Rahmenbedingungen für die mehrsprachige Bevölkerung optimal geschaffen werden. In diesem Sinn ist in der Bildungsstrategie auch in der Leitlinie zur Zweisprachigkeit die Mehrsprachigkeit zu integrieren oder eine neue Leitlinie zu einfügen.

Herausforderungen und Vernetzung mit den strategischen Leitlinien und den Massnahmen (S. 8)

Auch hier schlagen wir vor, die Mehrsprachigkeit vermehrt einzubeziehen und bei den Massnahmen, in einem weiteren Schritt ein Teilprojekt Förderung der Erstsprache zu prüfen. Dies können zum Beispiel die Förderung des HSK Unterrichts und dessen Einbettung in die Schule oder auch weitere Massnahmen sein. Wichtig ist dies, weil die sprachliche und soziale Integration fremdsprachiger Kinder (was auf S. 8 in der linken Spalte als Herausforderung definiert wird) gemäss verschiedener Untersuchungen nur erfolgreich sein kann, wenn die Kinder auch ihre Erstsprache gut erlernen. Nur dann können sie allen Fächern im Unterricht gut folgen und so auch über die Voraussetzung verfügen, eine Fremdsprache ab der 3. Klasse zu erlernen. Haben sie diese Voraussetzung nicht, dann ist ein Scheitern möglich und eine zusätzliche Hürde würde so in unser Schulsystem, eingebaut. Wir verweisen hier insbesondere auch auf die Herausforderung Zweisprachigkeit und das Projekt Passepartout auf S. 9.

2.2 Zum Bereich Personalpolitik (S. 11ff)

Überprüfen der Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen

Die Grünen stehen dem Projekt Überprüfung der Anstellungsbedingungen der Lehrkräfte sehr positiv gegenüber. Wir begrüßen es, dass guten Rahmenbedingungen der Lehrkräfte eine hohe Priorität eingeräumt wird. Die Unterstützung der Lehrkräfte stärkt deren Motivation und wirkt sich positiv auf einen qualitativ hoch stehenden Unterricht aus.

Dies gilt auch für **das Projekt „Validation des acquis“** im Bereich Hochschulen. Im Zusammenhang mit der Anstellung von Lehrpersonen ist unsere Haltung allerdings etwas vorsichtiger: Wir wünschen, dass hier sehr genau und auch in Absprache mit den ausbildenden Instituten geprüft wird, welche nicht formal erworbenen Kompetenzen angerechnet werden können.

Ausserdem begrüßen wir es, wenn für derart angestellte Lehrpersonen ein klarer Anreiz und ein differenziertes, den Bedürfnissen entsprechendes Ausbildungs- und Kursangebot besteht, bzw. aufgebaut wird, um ihre Kompetenzen in Richtung „formal erworbene“ zu erweitern und zu ergänzen.

Projekt „Stärkung der Schulleitungen der Volksschule“

Hier haben wir einen kleinen Hinweis: wir finden es falsch, wenn in einzelnen Gemeinden Schulreglemente bestimmen, dass eine Schulleiterstelle für eine Person mindestens 70 Stellenprozent umfassen muss. Dies sehen wir einerseits als Problem für die Gleichstellung, andererseits können solche Bestimmungen verhindern, dass Schullei-

terstellen auch im Team besetzt werden. In einem Zweierteam sind allermeistens mehr Kompetenzen in verschiedenen Bereichen vorhanden als bei einer einzigen Person.

2.3 Bereich Kindergarten und Volksschule (S. 14)

Projekt Basisstufe

Die Grünen unterstützen die Idee der Basisstufe und des jahrgangsgemischten Lernens. Wir sehen die Problematik der flächendeckenden Einführung der Basisstufe (Finanzen, Akzeptanz) einerseits, andererseits wird es mit der freiwilligen Einführung für die Schulen und die Lehrkräfte nicht einfach: Sollen sich die Lehrkräfte weiterbilden, wenn sie nicht wissen, ob die Basisstufe oder die Grundstufe eingeführt wird? Entscheiden wirklich die richtigen Gremien in einer Gemeinde, welche Eingangsstufe die beste ist? Diese Unsicherheit kann ebenfalls in vielen Teams Unruhe auslösen. Wir schlagen zudem vor, neben der Evaluation der Basisstufenversuche auch sehr sorgfältig die Grundstufe zu prüfen, welche von Fachleuten aus entwicklungspsychologischer Sicht und z.B. auch vom Kanton Zürich als Modell favorisiert wird.

Vorverlegung Fremdsprachenunterrichts

Prüfung eines zusätzlichen Teilprojekts zum Erlernen der Erstsprache als Voraussetzung (Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur – HSK). s. oben.

Optimierung Sekundarstufe I (S. 19)

Wir teilen die Einschätzung, dass eine stete Beunruhigung in der Schule für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler schwierig sein kann. Wichtig ist, dass Reformen gut vorbereitet, gut kommuniziert werden und die Lehrkräfte auf die Veränderungen punkto Aus- und Weiterbildung gut vorbereitet werden. Da die Forschung aufzeigt, dass die heutige Selektion die Bildungschancen der Kinder beeinträchtigt, ist es trotz aller Vorsicht nötig, die Schule auch auf der Oberstufe integrativer zu gestalten. Solche Veränderungen auf der Sekundarstufe I benötigen jedoch eine gewisse Zeit, denn integrative Schulformen setzen auch eine besondere Pädagogik und eine entsprechende Ausbildung voraus. Für das Einleiten eines solchen Prozesses ist es aus Sicht der Grünen nötig, die bisherigen Erfahrungen mit den Schulmodellen auf der Oberstufe zu evaluieren und aus diesen Erkenntnissen die mittelfristigen Ziele zu definieren.

2.4 Mittelschule, Berufsbildung, Weiterbildung (S. 22ff)

Nahtstelle Sek I – Sek II

Wir möchten darauf hinweisen, dass der Kanton Bern zwar Spitzenreiter bei der Abschlussquote Sek II ist, jedoch gemäss EDK und BBT Beschlüssen bis 2015 diese Quote – wie alle anderen Kantone auch – auf 95% erhöhen sollte. Wir schlagen vor, dieses Ziel in der Strategie aufzunehmen.

Projekt Optimierung Berufsschulorganisation 08

Wir stehen diesem Projekt skeptisch gegenüber. Das Angebot der Berufsschulen soll den Bundesvorgaben und der Nachfrage entsprechen. Das Projekt verfolgt aber vor allem auch das Ziel, Einsparungen gemäss Finanzplan umzusetzen. Begründet wird dies aufgrund der sinkenden Schülerzahlen. Dem steht aus Sicht der Grünen folgendes gegenüber: Die neueren Prognosen des Bundesamtes für Statistik zeigen, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler wieder steigen wird und die Bedeutung der Berufsbildung sogar zunehmen wird. Beispielsweise spielen die Berufsfachschulen neu eine wichtige Rolle bei der fachlich individuellen Begleitung der zweijährigen beruflichen Grundbildung (EBA). Zudem müssen wir aufgrund der Wirtschaftskrise mit einem Rückgang der

Lehrstellen rechnen, was zur Folge haben wird, dass zusätzliche Angebote, u.a. schulische Angebote wie die Lehrwerkstätten, die Lücke werden füllen müssen. Hier braucht es eine proaktive Strategie des Kantons.

Wir können also nicht davon ausgehen, dass die Bedeutung der Berufsbildung gegenüber der Mittelschulbildung abnehmen wird. Beide Wege sind gleichwertige und gleich wichtige Wege der nachobligatorischen Ausbildung. Im Bereich Hochschulen (S. 32) geht man zudem auch nicht davon aus, dass es einen linearen Zusammenhang zwischen Anzahl SchülerInnen und Studierwilligen gibt. Hier stellen wir somit einen gewissen Widerspruch fest.

2.5 Bereich Hochschulen (S. 32ff)

Wir begrüßen es, die Hochschule zu stärken. Dies ist insbesondere auch in der Diskussion über die Bedeutung von Bern bzw. des Grossraumes Bern von zentraler Bedeutung. Bei der Frage der Autonomie wünschen wir eine genauere Differenzierung zwischen organisatorischer/administrativer Autonomie und einer strategischen/politischen Steuerung durch den Kanton. Die Grünen sind der Ansicht, dass es Aufgabe des Kantons ist, das Lehrangebot grundsätzlich festzulegen.

Zudem darf Autonomie nicht generell eine Deregulierung bedeuten, diese wäre insbesondere im Bereich Anstellungsbedingungen/Löhne ein Bumerang und würde zu einer Lohnschere zwischen Dozierenden und AssistentInnen führen, welche den Kanton letztlich teuer zu stehen kommen könnte.

Zur Pädagogischen Hochschule (S. 36/37)

Die Grünen stehen dem Projekt „Validation des acquis“ im Bereich Hochschulen sehr positiv gegenüber. Im Zusammenhang mit der Anstellung von Lehrpersonen ist unsere Haltung allerdings etwas vorsichtiger: Wir wünschen, dass hier sehr genau und auch in Absprache mit den ausbildenden Instituten geprüft wird, welche nicht formal erworbenen Kompetenzen angerechnet werden können.

Wir begrüßen es, wenn für derart angestellte Lehrpersonen ein klarer Anreiz und ein differenziertes, den Bedürfnissen entsprechendes Ausbildungs- und Kursangebot besteht, bzw. aufgebaut wird, um ihre Kompetenzen in Richtung „formal erworbene“ zu erweitern und zu ergänzen.

Zudem begrüßen wir den Überprüfungsauftrag einer Fächerausbildung für die 3. – 6. Klasse Primarstufe.

2.6 Bereich Bildung und Kultur (S. 40)

Die Grünen unterstützen ausdrücklich die Förderung der Vernetzung von Bildung und Kultur. Wir betrachten es als sehr wichtig, dass diesem Bereich der Bildung in Zukunft mit mehr Aufmerksamkeit und Beachtung begegnet wird. Wir erwarten vom Projekt „Bildung und Kultur“ ausserdem, dass bei den konkreten Massnahmen eruiert wird, wie verbindlich die Lehrkräfte vom Vermittlungsangebot von Kulturschaffenden Gebrauch machen sollten.

Allenfalls sollte ein solcher Bildungsauftrag Eingang finden in den neuen Deutschschweizer Lehrplan (unter „zusätzliche Aufgaben“)

2.7 Rückblick auf die Bildungsstrategie 2005 (S. 48ff)

Integration (S. 49)

Die Umsetzung der Integration ist eingeleitet und in einem Prozess. Der Kanton hat mit Verordnungen gute Rahmenbedingungen geschaffen. Die Umsetzung liegt nun aber bei

den Gemeinden. Die Gemeinden werden unterschiedliche Integrationskonzepte erarbeiten und diese umsetzen. Um die verschiedenen Erfahrungen fruchtbar zu machen und einen konstruktiven Prozess einzuleiten, schlagen wir vor, ein begleitendes Projekt aufzugleisen. Dieses Projekt hat zum Ziel, einen Transfer des Wissens und der Erfahrungen von Schulen und Gemeinden und einen fruchtbaren Austausch zu ermöglichen.

Elternbildung mit Schwerpunkt auf Bildungsungeübte (S. 50)

Wir erachten das Projekt Elternbildung der Bildungsstrategie 2005 nach wie vor als sehr wichtig. Die Bildungsforschung hat mehrmals und auch in jüngster Zeit nachgewiesen, dass der Schulerfolg eng mit dem sozialen Hintergrund verknüpft ist. Die Erziehungsdirektion appelliert zu Recht an die Eltern, ihre Verantwortung wahrzunehmen, und es wird erwartet, dass sie ihre Kinder während der Schullaufbahn begleiten. Um dies zu erreichen, müssen wir auf verschiedenen Ebenen ansetzen.

Es sind erstens Möglichkeiten nötig, wo Eltern sich informieren oder in Kursen weiterbilden können, zum Beispiel in Kursen für Erziehungsfragen und Jugendprobleme oder durch gezielte Informationen von Fachstellen. Weiter kennen viele Eltern die Bedeutung der Selektion auf der Oberstufe im Hinblick auf die Berufslaufbahn nicht. In unserer Bevölkerung ist nicht mehr sichergestellt, dass alle Eltern genügend über unser Bildungswesen wissen und welche Rolle sie darin zu erfüllen haben. Auch hier benötigen die Eltern vermehrt konkrete Informationen.

Ein weiteres Augenmerk ist den Eltern von Migrationsfamilien zu schenken. Sie sind nicht in der Schweiz zur Schule gegangen und kennen darum unsere Schule nicht aus eigener Erfahrung. Gerade was die Tagesbetreuung betrifft, ist diese in vielen Ländern besser ausgebaut als in der Schweiz bzw. im Kanton Bern. Dies bedeutet, dass sich diese Eltern der Verantwortung nicht bewusst sind, die sie in den Bereichen Hausaufgaben und Lernen wahrnehmen sollten. Wir schlagen darum dazu ein Projekt vor unter Einbezug von Organisationen, aus dem Migrationsbereich u.a. Damit würde die Partnerschaft zwischen Schule und Eltern gestärkt. Aus Sicht der Grünen lohnt sich ein solches Projekt auch deshalb, weil damit Folgekosten zu einem späteren Zeitpunkt (Lehrstellensuche, Brückenangebote, Sozialhilfe u.s.w.) vermieden werden können.

3. Schlussbemerkungen

Wir danken abschliessend für die Möglichkeit zur Stellungnahme und möchten nochmals festhalten, dass wir die Bildungsstrategie ausdrücklich begrüssen. Wir hoffen, dass die Erziehungsdirektion unsere Vorschläge in Teilbereichen berücksichtigen wird. Wir möchten namentlich nochmals darauf hinweisen, dass eine gezielte Analyse einzelner Reformen - z.B. im Bereich der Modelle auf der Oberstufe - es erleichtern würde, unser Bildungswesen auf der Grundlage von Erkenntnissen statt gefestigten Meinungen weiter zu entwickeln.

Mit freundlichen Grüssen



Blaise Kropf
Co-Präsident Grüne Kanton Bern



Monika Hächler
Co-Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern

Kopien gehen an:

SP Kanton, VPOD Bern Kanton, LEBE, Gewerkschaftsbund des Kantons Bern